

Warum Die Linke den Etat 2009 ablehnte

Aus der Haushaltsrede von Knut Persson (Fraktion Die Linke)

Die Fraktion Die Linke Bündnis Wedel hat in der Sitzung der Wedeler Ratsversammlung am 18. Dezember 2008 den Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 2009 abgelehnt.

Knut Persson begründete als finanzpolitischer Sprecher seiner Fraktion diese Ablehnung mit der Feststellung, es gebe in Wedel eine „soziale Schieflage“ der im Haushaltsplan nicht Rechnung getragen werde. Persson fragte: „Wedel ist fraglos eine wohlhabende Stadt, der Kämmerer ist mit Recht stolz darauf – ist sie aber auch eine sozial gerechte Stadt?“

Im Folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dieser Etatrede:

„Die Linke ist in Wedel angetreten, um auf die soziale Schieflage hinzuweisen. Die Stadt ist sicherlich nicht Schuld an immer

soziale Wohnungsbau in Wedel zum Erliegen gekommen ist. Stattdessen wird in Schicki-Micki-Projekten in der so genannten Maritimen Meile für eine wohlhabende Schicht gebaut. Hier wird Geld bereitgestellt. Balkone werden an der Elbe gebaut. Die OECD hat Deutschland gewarnt vor Altersarmut. Wir müssen uns darauf vorbereiten. Wir werden Wohnraum brauchen für diese von Altersarmut bedrohte Bevölkerung. Wir vermissen hierzu Ideen und Projekte von Grün-Schwarz.

Am Elbhochufer gibt es Häuser mit starken Verfallstendenzen. Wir haben diese per Foto dokumentiert. Wir wollen für die dort wohnende Bevölkerung eine deutliche Verbesserung der Wohnsituation. Dafür muss Geld bereitgestellt werden.

Wir haben in den Ausschüssen auf die Verbesserung der Integration unserer Migranten gedrungen und eine halbe Stelle in der Verwaltung für diese wichtige Aufgabe gedrungen. ... Selbst der bescheidene Antrag von 30.000 Euro für vorbereitende Maßnahmen ist abgelehnt worden. Für diese wichtige soziale Aufgabe, eine Investition in die Zukunft, gibt es kein Geld. Wir würden uns wünschen, dass im nächsten Jahr auf diesem Gebiet deutliche Verbesserungen eintreten.

Der Antrag „Frauen helfen Frauen“ mit relativ geringen Beträgen wurde im Sozialausschuss abgelehnt. Wir bedauern das außerordentlich.

Das Skandalbad „Badebucht“ hat die Preise erhöht. Menschen mit geringem Einkommen können sich den Besuch der Badebucht nicht leisten. Auch Arbeitslose zahlen Steuern unter anderem in Form der Mehrwertsteuer. Der Haushalt der Stadt weist die Position „Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer“ auf. So kommt es zu der wahrhaft perversen Situation, dass Leute, die sich die Badebucht nicht leisten können, an der Finanzierung dieser Finanzruine beteiligt werden. Gleichwohl leistet sich die Stadt den Luxus, über 2 Millionen Euro (inzwischen 2,8 Mio. d.Red.) in das Spaßbad zuzuschießen. Leute, die sich das Spaßbad leisten können, werden somit auch noch subventioniert.

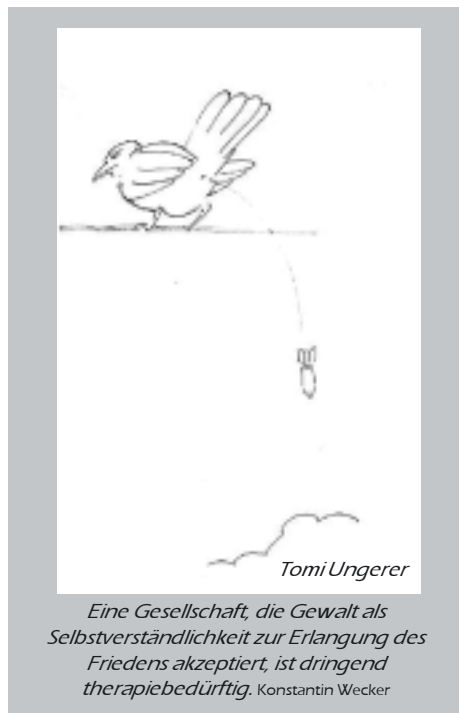
Im Haushalt werden 12.000 € mehr bereitgestellt für Ausschussmitglieder und Ratsherren. Thema: Aufwandsentschädigung. Damit kein Missverständ-

nis entsteht: wer hart arbeitet – und das tun die Ratsdamen und Ratsherren und die bürgerlichen Mitglieder allemal – soll auch gut bezahlt werden. Nur es muss gerecht zugehen und es darf nicht der Eindruck entstehen: Den Einen wird's genommen, um es u n s zu geben.“

Knut Persson kritisierte: „An Wedel Marketing werden 20.000 Euro mehr gegeben. Das Projekt „Regionalpark Wedeler Au/Panoramaweg erhält zusätzlich 112.000 Euro. Dagegen werden 900 Euro für „Lokales Bündnis für Familie in Wedel“ abgelehnt. Da ist man hart, beinhart. Da tritt dann im Sozialausschuss ein Mitglied von Schwarz-Grün mit der Bemerkung auf „Ebenso wenig, wie es ein Recht auf Baden gibt, gibt es auch ein Recht auf Kultur.“ Man könnte hinzufügen: ...“und auf Soziales“. Wir wollen, dass das anders wird.

Wedel plant mit „Schlödelskamp“ und „Maritime Meile“ zwei groß angelegte Immobilienprojekte. Gebaut wird hier für eine eher wohlhabende Schicht. Ein größeres soziales Projekt wird erst gar nicht angedacht oder wenn dann von vornherein klein gehalten.“

„Wir haben teilweise den Einzelplänen durchaus zustimmen können. So zum Beispiel im Ausschuss Bildung- Kultur-Sport“. Wir werden allerdings den gesamten Haushalt aus den oben genannten Gründen ablehnen.“



Eine Gesellschaft, die Gewalt als Selbstverständlichkeit zur Erlangung des Friedens akzeptiert, ist dringend therapiebedürftig. Konstantin Wecker

größerer Armut – auch in Wedel. Die Stadt kann und muss allerdings einiges tun, was durch Hartz – Gesetzgebung, gepaart mit der beginnenden Finanzkrise an sozialen Problemen auf uns zukommen wird. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet inzwischen mit vier Millionen Arbeitslosen gegen Ende des Jahres 2009. In Wirtschaftsprognosen wird mit bis zu drei Prozent Abschwung im Bruttoinlandsprodukt gerechnet. Wir müssen uns auf die Krise vorbereiten.

Wir haben schon früh bemängelt, dass der



Karikatur: Tomaschoff

ViSDP: G. Wilke
Hasenkamp 8
22880 Wedel - Tel 3486
Fotos: „die Meinung“-Red.
Karte: Hartmann-Plan